

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verantwortlicher Hr. 1761

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Verantwortlicher Hr. 1761

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schulmeisterstr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60, monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 91.

Freitag, den 20. April 1906.

13. Jahrg.

Dieses eine Beilage.

## Verfehlte Taktik.

Die russischen Wahlen sind zwar erst zum Teil durchgeführt, dennoch bieten schon die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse überraschende Perspektiven eines großen politischen Umschwungs. Die beispiellosen Befolgungen der letzten sieben Monate, die Massenverhaftungen, Massenhaftungen und Massenverbote von Blättern schienen die radikalen Parteien völlig lahmgelegt zu haben, und noch vor einem Monat hat in Russland selbst niemand es anders erwartet, als daß die Duma von einer erdrückenden konservativen Mehrheit werde überschwemmt werden.

Aber gerade die Untaten Durnowos haben seine Niederlage vorbereitet. Sie ließen den nach dem mißglückten Moskauer Aufbruch erlahmenden Oppositionsgeist wieder mächtig aufleben. Es war knapp vor den Petersburger Wahlmännerwahlen, da äußerte sich auf die Anfrage nach den Wahlansichten einer der Führer der Gemäßigten in den Worten: „Was könnte der Verband des 17. Oktober erhoffen? Durnowos Reaktion hat uns alle Waffen aus der Hand genommen.“ In der Tat stellten die Scheußlichkeiten der Regierung und ihrer Satrapen in einem gewissen Grade und Umfang jene Sinnmüdigkeit der Gesellschaft wieder her, die im Widerstand schlechtweg das einzige Programm anerkennt und in dem äußersten Radikalismus das einzige Mittel dieses Widerstandes sucht.

Den schärfsten Radikalismus verkörpern aber gegenwärtig als parlamentarische Partei die konstitutionellen Demokraten. Die Sozialisten aller Schattierungen, die bewegende Macht und Keimzelle der Revolution, deren heldenhaften Anstrengungen das Volk den besten Teil von dem verdankt, was es bisher erreicht hat, scheiden bei den Wahlen aus. Die Regierung hat ja ihre Vertreter und ihre Presse am schärfsten verfolgt, eine sozialistische Wahlorganisation mit allen Mitteln bekämpft. Gleichwohl ist es die Frage — und sie wird von russischen Sozialisten selbst zweifelnd erörtert —, ob die Taktik des Boykotts, die der sogenannten „Zentra“-Fraktion gegen den eigenen Willen von der Lenin-Gruppe und den Sozialrevolutionären aufgezwungen wurde, wirklich die richtige war.

Wahlen zu boykottieren ist immer ein mißlich Ding: von nicht unbestrittenen Werten, selbst wenn es gelohnt. Sie damit wie in Lobzügen zu verherrlichen, ohne alle Wirkung, außer der einer verhallenden Demonstration, falls der Wahlakt trotzdem vollzogen werden kann, weil im Wahlergebnis die Zahl derer, die es zustande gebracht haben, ausgelöscht ist. Nun aber erweist die erste Wahl in einem Lande, die bisher keine Reichsvertretung hatte, Erfahrungen in der Masse, welche die ernsthafte Durchführung des Boykotts fast unmöglich machen. Was als Massendemonstration in der Werkstatt, also innerhalb der Arbeiterkurie noch gelang, das mißglückte in der städtischen Kurie unter den mit dem Boykottrecht ausgestatteten Arbeitern so vollständig, daß sich die Sozialisten genötigt sahen, ihren Anhängern die Wahl der konstitutionellen Demokraten zu empfehlen. Der Boykott richtete jetzt seine Spitze gegen die sozialistischen Parteien selbst.

Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß ein großer Teil der demokratischen Erfolge hätten sozialistische sein können, daß die eigentliche revolutionären Parteien neben den Demokraten an der Spitze der Gewählten ständen, wäre der Boykott nicht ausgesprochen worden. Denn der Sinn der Wahlen, das sieht man deutlich, ist die rückwärtschneidende Opposition, und die konstitutionelle Demokratie selbst ist einseitig geprägt von sozialistischen Ideen, verhaßt ihnen den Hauch der Anziehung und, soweit sie vorhanden, die Kraft ihres politischen Handelns.

Man braucht sich bei dem unfruchtbaren Geschäft nicht aufzuhalten, daß man fragt, welchen unerwünschten moralischen Eindruck ein solcher in Wahlerfolg feststehender Sieg des Sozialismus hervorgerufen hätte auf Volk wie auf Regierung: es ist die Wirkung des Boykotts auch in dem anderen Sinne zu beklagen, daß der Demokratie ein Anreiz zur Sinken fehlt. Denn eine vielgemengte Volkspartei, die nicht die auf bestimmte Ziele des Radikalismus gerichteten sozialistischen Gruppen zu ihrer Seite findet, ist nie ganz zweifellos.

Schon jetzt kann man als erste und seltsam frühe Wirkung eines Teilerfolges in den demokratischen Kreisen merkwürdig gemüthigte und zur Müßiggang machende Stimmen vernahmen. Freilich liegt im Augenblick nicht hier der Angelpunkt der politischen Bewegung. Die Regierung, im Verbrechen zerschlossen, will den Kampf mit der Demokratie aufnehmen. Sie wird gewiß versuchen, durch äußerste Steigerung des Druckes und des Wahlschwindsels eine demokratische Majorität, für die bei der oppositionellen Haltung der nicht-russischen Nationalitäten die Möglichkeit nicht fernliegt, zu hintertreiben; mißrat ihr das aber, so will sie den Kampf mit der Duma selbst aufnehmen. Sie läßt durch ihr offizielles Organ erklären, sie werde vor der Duma nicht

zurückweichen; es gebe zwei Möglichkeiten: Entweder würden sich die konstitutionellen Demokraten in der Duma mit der Partei des 17. Oktober verbinden, dann werde sich die Politik weiter ruhig entwickeln; oder aber sie würden auf ihren Forderungen (Amnestie, Bericht über die Regierungsvorgänge, die an den Greuelthaten Schuldigen, allgemeines Wahlrecht, Erweiterung der Kompetenz der Duma, Verantwortunglichkeit der Minister usw.) bestehen, dann werde es der Anfang einer neuen Revolution sein. „Die erste Duma wird mit den Bajonetten auseinanderjagt, dann wird die zweite so sein, wie wir sie brauchen.“

Da die Demokraten Amnestie und allgemeines Wahlrecht nicht aufgeben können, ohne sich selbst aufzugeben, so bedeutet die Politik der Wille-Durnowo, sofern mit der Anknüpfung Ernst gemacht wird, tatsächlich der Wiederaustritt der gewalttätigen Erhebung. Die Vorbereitungen für neue Kämpfe, wie sie von den Sozialisten überall getroffen werden, sind dann an der Zeit. Nur würde eine Teilnahme an den Wahlen und die Vergewaltigung einer von starken sozialistischen Fraktionen erfüllten Duma die Schwungkraft der revolutionären Abwehr gewiß nicht geschwächt haben.

Jedes, wenn es sich wieder darum handeln sollte, alles um alles zu wagen, so wird, was sonst vorangegangen, gleichgültig werden und gelten wird die materielle Macht, wie sie einerseits bei den Arbeiterorganisationen, andererseits beim Staate liegt. Wäger sich die Leute in Europa, die ihr Geld für die Papierchen des Zaren hinauszuwandern wollen, sagen lassen, daß sie für den Kriegsfonds zur Unterstützung der russischen Freiheit steuern, aber auch, daß die entgegenkommende Haltung der außerdeutschen Mächte gegenüber den Anleiheplänen der Durnowo und Genossen in allen freireichlichen Kreisen Russlands Schmerz und Jörn erregt hat und nichts geeigneter ist, den Gedanken der Vorkostenabstimmung durch Erziehung der Schulden des Absolutismus zur allgemeinen russischen Volksidee zu machen, als die Tributzahlung der europäischen Kapitalisten für die Satrapen der Autokratie.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die „Einigung des Liberalismus“ feiert ihre ersten Triumphe. Die rational-liberale Partei Ostpreussens hat mit den dortigen Vertretern der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung ein Wahlkartell geschlossen: es werden also künftig in Ostpreußen keine national-liberalen Kandidaten gegen Volksparteiler und Vereinigungsleute, keine Volksparteiler gegen Nationalliberale und Vereinigungsleute, keine Vereinigungsleute gegen Volksparteiler und Nationalliberale aufgestellt werden. Die drei Parteien bleiben nebeneinander bestehen, teilen aber einander: Wahlhilfe und vermeiden jeden gegenseitigen Wettbewerb. Die praktische Bedeutung des Kartells ist gering. Liberale Doppelkandidaturen waren schon bei den Reichstagswahlen von 1903 nur in 2 ostpreussischen Kreisen aufgestellt. Der eine davon ist sicherer Zentrumsbesitz, nämlich Graunberg, wo 12810 Zentrumsstimmen gegen 338 national-liberale und 189 volksparteiliche Stimmen standen, der andere, Rastenburg-Friedland, brachte der Volkspartei 4271, den Nationalliberalen 598 Stimmen, den freisinnigen Konservern 9007, der Sozialdemokratie jedoch 3297 Stimmen, so daß auch dieser Kreis für das liberale Kartell wenig aussichtsreich ist. Einige freisinnige Blätter erblicken aber in dem ostpreussischen Wahlkartell den ersten Sieg des liberalen Einigungsgedankens, der, wie sie hoffen, vom Osten aus ganz Deutschland erobern wird. Die Sozialdemokratie kann dieser liberalen Einigung nur Hil und Segen wünschen. Sie müßte, wenn sie zur Wirklichkeit würde, eine höchst wünschenswerte Klärung der deutschen Parteienverhältnisse herbeiführen. Die „Masse“ der Freisinnigen — die Konsummasse nämlich — ist längst für die national-liberale Liquidation reif. Die paar anständigen Leute aber, die innerhalb der freisinnigen Parteien immer noch so etwas wie eine bürgerlich-demokratische Politik treiben möchten, werden die völlige Verfehlung ihres Bestehens empfinden, und es wird Sozialdemokraten nicht mehr übel nehmen können, wenn man in der Art, „liberale“ und ausgesprochene Konvertirte zu behandeln, keinen Unterschied mehr stellen lassen wollen. Es wäre lächerlich, wenn die Parteifreunde der Wassermann, Bahr und Deumer von Seiten der Sozialdemokratie eine andere Behandlung erwarteten, als die Sippe der Ranig, Karboff und Fröcher. Da ist doch wirklich kein Unterschied mehr zu sehen!

Im Zeichen der Fleischnot. Daß trotz aller „Statistiken“ der Fleischwucherer ein ganz erheblicher Anstieg an Schweinen besteht, wird durch folgende Zahlen, die die „Allg. Fleischzeitung“ mittelt, deutlich gekennzeichnet: In der Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 wurden in Berlin 1204975 Schweine aufgetrieben und 1004206 Schweine geschlachtet. Vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 wurden 1132511 Schweine aufgetrieben und 932054 Schweine geschlachtet. Im letzten Jahre sind also, wenn das genannte Blatt zutreffend berichtet, gegen das Vorjahr

72464 Stück weniger aufgetrieben und 72112 Stück weniger geschlachtet worden. Natürlich entsprachen dem geringen Angebot an Ware auch die Preise, und zwar erhielt zum Beispiel aus den am Mittwoch auf dem Berliner Viehhof gezahlten Preisen für Kälber und Schweine, daß die Teuerung nicht etwa überwunden ist, sondern daß sie auch heute noch fühlbar, und zwar empfindlich fühlbar ist. Ein Vergleich mit dem Vorjahre zeigt folgendes: Am Mittwoch wurden aufgetrieben 15974 Schweine und 6702 Kälber; für Schweine mußten im Durchschnitt 9 Mark, für Kälber 8 Mark pro Zentner mehr bezahlt werden; danach betrug bei einem Umsatz von 2 1/2 Millionen Mark die Differenz 323118 Mark, die von den Fleischern mehr gezahlt werden mußten, als sie bei den Preisen des Vorjahres zu zahlen gehabt hätten. Dabei waren aber schon im vorigen Jahre die Preise sehr hoch.

50 Prozent Verwaltungskosten für die Handwerksbureaucratie! Der neue Etat der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf balanziert mit 89000 M. Unter den Ausgaben befinden sich die Verwaltungskosten mit 41000 M., die Aufwendungen für Schul- und Bildungszwecke mit 22300 M. sowie die Aufwendungen zur Förderung des Handwerkes mit 16300 M. Berücksichtigt man nun, daß der letzte Etatsposten unter anderem 4000 M. für das „Korrespondenzblatt“ und 1000 M. zur Herstellung der Jahressberichte umfaßt, also Summen, die nur in losem Zusammenhang mit dem eigentlichen Zwecke sich befinden, so gibt tatsächlich die Kammer über 50 Prozent ihrer Gesamteinnahmen an Verwaltungskosten aus! Die Handwerkskammern sollten ein Bollwerk sein gegen die staatliche Bureaucratie. Jetzt müssen die Handwerker riesige Beiträge für die Handwerkskammern aufbringen, um die Hälfte davon für ihre eigene Bureaucratie auszugeben!

In dem Zentrumsstimmeln. Ein Zentrumsmann, wie er im Buche steht, ist der Pfarrer Gaisert von Gündelwangen, Amt Balsee. In seiner Meinesdsache ist er durch die Milde der Richter mit einem blauen Auge davongekommen. Jetzt aber wurde vor dem Schöffengericht zu Bonn ein kleines Nachspiel zu dem Meinesdsprozess aufgeführt. Gaisert wurde wegen Mißbrauch der kirchlichen Autorität zu parteipolitischen Zwecken (§ 16 c des badiischen Kirchengesetzes von 1874), begangen bei der Reichstagswahl im Juli 1905 in einem Falle zu 60 M., und bei der Landtagswahl in vier Fällen zu 80 M., zusammen zu 140 M. Geldstrafe und in die Kosten verurteilt. Gaisert hatte jeweils am Wahltag Pfarrerkleid zur Zentrumswahl getragen, unter Hinweis auf Krankheit, Tod, Jenseits, Weichte, Kommunion und kategorisch gesagt: „Wer mit seinem Pfarrer in den Himmel kommen will, muß mit dem Pfarrer wählen.“ Pfarrer Gaisert erklärte, wie natürlich vor dem Schwurgericht, so auch jetzt gegenüber sämtlichen ihn belastenden Zeugnisaussagen, sich an nichts mehr erinnern zu können.

### Rußland.

Ein meuteres Regiment. Nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ hat in Tiflis ein Kampf zwischen einem meuternden Regiment und anderem Militär stattgefunden. Auf einem Soldatenmeeting, bei dem politische Reden gehalten wurden, griff die Besatzung ein und ließ hundert Mann, die sich am meisten hervortaten, verhaften. Hierauf begann das meuterliche Regiment zu meutern und forderte die Freilassung der Gefangenen. Die siebente und die vierzehnte Kompanie marschierte vor das Arrestlokal und erzwang auf die Mannschaft, der die Bewachung der Verhafteten anvertraut war, das Feuer. Jetzt eilte auch die Wachmannschaft zu den Waffen und es entspann sich ein heftiger Kampf, während dessen etwa hundert Soldaten abgegeben wurden. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch unbekannt, ebenso scheint es der Ausgang des Kampfes zu sein, da nichts darüber gesagt ist. Immerhin kann man annehmen, daß man der Meuterei nicht Herr geworden ist, denn der offizielle russische Telegraph hat sich bisher über die ganze Angelegenheit ausgesprochen. Daß aber der Chef dieser Lügenfabrik, der Direktor der „Petersburger Telegraphen-Agentur“, v. Müller, den Stanislausorden erster Klasse bekommen hat, vergaß er nicht, zu melden. In diesem Punkte kann man ihm ausnahmsweise sogar einmal glauben.

### Serbien.

Die serbische Ministerkrise. König Peter macht Versuche, die unabhängigen Radikalen wieder für die Regierung zu gewinnen; sie scheinen aber wenig geneigt, sich an der Bildung des Kabinetts zu beteiligen, und bestehen auf der Entfernung der Berischwörer, wovon der König nichts wissen will. Viel mehr Bereitwilligkeit zeigen die gemäßigten Radikalen, die erklären, die Lösung der Berischwörerfrage sei nicht so pressant wie die der anderen Fragen. Die Auflösung der Stupitschina erscheint unvermeidlich.



### Ungarn.

**Vor der Schlacht.** Die bürgerliche Presse Ungarns bedient sich bei Besprechung der eben beendeten Krisis der ebenso alten wie faulen politischen Phrase: es gebe hier weder Sieger noch Besiegte! In Wirklichkeit ist natürlich die großmüthige Koalition besiegt; denn ihre Führer, die nun nach einem Kampf von mehr als Jahresdauer Ministerseffel ergattert haben, konnten diesen „Sieg“ doch nur erzwingen, indem sie die von ihnen vorher aufs bitterste bekämpfte Forderung akzeptierten: Das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht mindestens in dem Maße zu verwirklichen, wie es die Regierung Fejervary hatte durchführen wollen. Obwohl mit der Durchführung des Wahlgesetzes eine der Hauptforderungen der ungarländischen Sozialdemokratie erfüllt würde, sind unsere Genossen vom Ministerium-Werkel durchaus nicht entzückt. Wir haben die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bereits charakterisiert, das man am treffendsten als das „Ministerium der Millionen“ bezeichnen könnte. Wetteile hat sich dahin geäußert: er sei derselbe geblieben, der er gewesen! Selbst wenn man ihm das glauben will, auf seine Willenskraft, seine politische Vergangenheit bauen will, so fragt es sich doch immer noch, ob er imstande sein wird, die scabalen Herren Agrarier zu bewegen, von ihrer volksfeindlichen Politik abzulassen. Sozial steht fest: Auf Grund des bestehenden Wahlgesetzes wird in Ungarn nur noch ein einziges (das letzte!) Mal gewählt werden. Wie früher, werden unsere ungarischen Genossen auch diesmal wieder in den aussichtslosen Kampf ziehen. „Aussichtslos“ insofern, als es ihnen unmöglich sein wird, einen ihrer Kandidaten durchzubringen. Aber dennoch wird ihre Agitation nicht nutzlos sein; denn auch jeder bürgerliche Kandidat wird klipp und klar mit seiner Stellung zur Wahlrechtsfrage herauszutreten müssen. Aufgabe unserer Genossen wird es sein, jenen Herrschaften den Mund zu öffnen und zu bewirken, daß — wenn auch noch kein Sozialdemokrat ins Parlament gelangen kann — doch jeder Wahlrechtsfeind sich im Wahlkampf das Genick bricht. Unter diesem Zeichen werden wir den Kampf halb entbrennen sehen. Der Agitation für die bevorstehenden Wahlen ordnet denn auch ganz folgerichtig die ungarische Sozialdemokratie im Augenblick alle anderen Fragen unter. So hat sie z. B. — wie aus einem Joeben in der „Nepzava“ veröffentlichten Aufruf der Parteileitung hervorgeht — beschlossen, „daß im Hinblick auf die in Fluß geratene Wahlbewegung, die alle agitatorischen Kräfte täglich und stündlich voll in Anspruch nimmt, der für Herrn anberaumte Parteitag verschoben wird und zu Pfingsten (3. bis 5. Juni) stattfinden soll. In der Wahlbewegung sollen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien zur klaren Stellungnahme zum allgemeinen Wahlrecht gedrängt und diejenigen, die sich nicht stellte dafür erklären, aufs heftigste bekämpft werden.“

**Die letzten Masenstücker.** Das „ungeheuerliche“ Ministerium Fejervary, das jetzt einem gutpatriotischen Koalition-Ministerium Platz gemacht hat, beging in den letzten Tagen noch zwei Taten, die ihm die Anerkennung der ungarischen Arbeiter sichern wird. Der Handelsminister Böök hat im Einverständnis mit dem Minister des Innern 2 Tage vor seinem Abgang die Statuten der Eisenbahner-Organisation genehmigt und dem neuen Verband zu den Kosten der Konstituierung einen Betrag von 5000 Kronen bewilligt, welche auszuzahlen die Direktion der Staatsbahnen angewiesen wurde. Man muß wissen, daß die neue Eisenbahner-Organisation auf dem proletarischen Klassenstandpunkt steht — der Redakteur des Verbandsorgans ist der Genosse Juras —, um diese unparteiliche, von sozialer Erkenntnis diktierte Haltung des Ministers vollumfänglich zu können. Seine Nachfolger, Franz Kossuth, ist schon vermöge seines „Patriotismus“ vor solcher Anständigkeit gefeit. — Ganz das gleiche Verbrechen im Sinne der Koalition beging der gewesene Minister des Innern Herr Kristoff, der die Statuten des Feldarbeiters-Verbands genehmigte, der seinerzeit einer ungeordneten Auflösung zum Opfer gefallen war.

### Frankreich.

**Ein Ausstand im Buchdruckgewerbe in Sicht.** Diebezüglich wird aus Paris gemeldet: Ungerst ist die Bewegung von den Schreibern, die den Inhabern der Druckereien ein sehr umfangreiches Programm von Forderungen unterbreiten haben, dessen sofortige, unverzügliche Annahme sie verlangen. Im Weiterungsfalle wird die Arbeit von Mittwoch an eingestellt. Die Ansprüche beziehen sich besonders auf eine Löhnerhöhung im Durchschnitt von 70 auf 80 Centimes per Stunde, mit der Begründung, daß seit der Festlegung der ersten Lohnsätze im Jahre 1878 der Lebensunterhalt in Paris um 20 Proz. gestiegen ist. Drucker und Maschinenpersonal haben sofort ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Schreibern Hand in Hand zu gehen.

### Amerika.

**Reger Roosevelt.** „Wolffs Bureau“ meldet: Am Sonntag hielt Präsident Roosevelt bei Gelegenheit der Grundsteinlegung des neuen Kongreßgebäudes in Washington eine Rede, in welcher er ausführte: Es müsse etwas Ernstliches gegen die Ansammlung von so gewaltigen Vermögenswerten, wie sie jetzt beständen, unternommen werden. Er persönlich sei überzeugt, es sei durchaus notwendig, die Annahme eines nationalen Systems für eine progressive Steuer zu erwägen, welche bei der Übertragung von Vermögen zu erheben sei, die über eine vernünftige Grenze angeschwollen sei, und ferner zu verhindern, daß irgend jemand über einen gewissen Betrag erben könne. Roosevelt ist von den amerikanischen Kapitalisten schon öfter ob seiner kaiserlichen Anwandlungen scharf angegriffen worden. Jetzt wird ihn die Note wohl wieder tüchtig umhellen und zucken. Geschieht ihm schon recht. Warum redet er so rabiat, wenn's ihm schließlich doch nicht im vollen Ernst darum zu tun ist, den von ihm erkannten Uebelständen an die Wurzel zu gehen!

### China.

**Vorbereitungsmaßregeln.** China scheint sich gegen eine neue Vergrößerung in der Mandchurien sichern zu wollen. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Changhai verläuft dort, daß die Generale Ma und Juanichai ihre Truppen in der Südmandchurien vermehren und im Distrikt von Ninguta neue Mannschaften sammeln. Die chinesischen Truppen der Mandchurien werden angeblich nach China geschickt. 1200 Pferde, die während der Abrüstung der Russen angekauft worden, sollen in

Tschalantan zusammengezogen sein. In China werden freiwillige Milizen gebildet; Tausende junge Leute melden sich dazu und versammeln sich zweimal in der Woche zu militärischen Übungen.

### Erdbeben in Amerika.

Eine furchtbare Katastrophe ist über den westlichen Teil der Vereinigten Staaten hereingebrochen. In wenigen Minuten wurde ein großer Teil von San Francisco und der umliegenden Städte zerstört und eine schreckliche Zahl von Menschenleben vernichtet. Über den Umfang des Unglücks mögen folgende telegraphische Berichte, die wir dem „Hamb. Cor.“ entnehmen, Aufschluß geben: Der erste Erdstoß erfolgte am 18. April um 5 Uhr 13 Minuten morgens, der zweite 8 Uhr 15 Minuten, dann fortwährend bis 10 Uhr. Beim ersten Stoß stürzte alles im Nachhinsand auf die Straßen, es herrschte eine furchtbare Panik. Ueberall stürzten Häuser ein. Die Leute flohen nach den Bahnhöfen. Diese nahmen die Gelegenheit wahr und braubten die Unglücklichen ihrer geringen Habe. Vom ersten Erdstoß ergriffen, requirierten die Magistrate Truppen zum Schutze des Eigentums. Eingestürzt sind die City Hall, ein Gebäude im Werte von 7 Millionen Doll., die Bureau des „Examiner“ und des „Call“, der zwei größten Zeitungen, beides Mietsengebäude. Viele Journalisten sind getötet. Ferner sind eingestürzt das Hospital, viele Gebäude aus Holz oder Fachwerk, die Feuer sigen. Feuerwehr und Polizei benahmen sich beim Retten und Beseitigen heldenhaft. Ein Feuerwehrhauptmann wurde getötet. Das Feuer breitet sich aus, der Schaden ist dadurch ungeheuer vermehrt. Bisher schätzt man den Schaden auf 20 Millionen Dollars, die Zahl der Toten zwischen 1—2000. Ueber 300 Tote wurden bereits hervorgehoben. Viele Orte außerhalb von San Francisco sind in Mitleidenschaft gezogen. Rettungsmannschaften sind von allen Seiten unterwegs. — Das Palace Hotel in San Francisco steht in Flammen, das Grand Hotel ist rettungslos verloren. Militär sperrt die Stadt ab und läßt niemand ein. Alle Nachrichten stehen unter Zensur und sind auf einen Draht beschränkt. Bisher zählt man 1250 Tote. — Weitere Meldungen besagen: Der ganze vom Meer aus sichtbare Teil von San Francisco steht in Flammen. Das Feuer greift rasch um sich. Wenn kein Westwind einsetzt, droht Gefahr, daß die ganze Stadt niederbrennt. Ein fünfstöckiges Hotel stürzte ein. Dabei wurden 70 Personen unter den Trümmern begraben. Diese gingen in Flammen auf. In gleicher Weise fiel ein großes Wohnhaus ein, wobei 80 Personen ihr Leben verloren. Das Palace-Hotel steht in Flammen. Im Süden der Marktplatz floß ein großer Gasbehälter auf, wodurch eine neue große Feuersbrunst veranlaßt wurde. Die Banken sind geschlossen. In den Straßen patrouillieren Soldaten, die Befehl haben, jeden niederzuschleusen, der beim Durchgang betrüben wird. Das ganze Stadtviertel, das durch die Marktplatz, die Johnsonstreet, die Dritte und die Neunte Straße begrenzt wird, ist ein Flammenmeer.

Die Stadt Sacramento ist von der Erdbeben-Katastrophe ebenso heimgesucht wie San Francisco. Um 10 Uhr morgens war für kurze Zeit die telegraphische Verbindung mit San Francisco hergestellt. Ein Telegraphist meldete: Viele Gebäude wurden zerstört und in Brand gesetzt. Die Verletzten werden geborgen. Was sich das Schlimmste befürchten läßt, ist der Einsturz des mit bekanntem Telegraphenamens, eines dreistöckigen, aus Granitquadern gebauten Hauses. Die Aktienbörse empfing die erste Meldung über das Erdbeben in San Francisco 9 Uhr morgens. Die Nachricht wirkte auf die Haltung um so stärker, als das ganze Geschäftsviertel in San Francisco betroffen ist. Der Schaden wird an der Höhe auf mehrere hundert Millionen Dollars geschätzt. Die Southern Pacific hat große Verluste durch Einstürzen von Gleisen. Ein Haupttelegraphenamens ist verbrannt. Aus einem anderen telegraphierten Telegraphisten, die die Folgen dieser Katastrophe zu sein scheinen: Flammen ringsumher, können aber infolge Haufe nichts anhaben und dieser Draht wird weitergespielt. Die Stadt steht unter Kriegsrecht, das die Miliz ausübt. Die Bewohner sind gewarnt worden, daß man neue Erdstöße erwartet.

Ein Telegramm aus San Francisco meldet, daß eine drei Meilen lange Strecke der Eisenbahn zwischen den Orten Suisun und Benca verjunken sei. Durch das Erdbeben wurden acht Häuserblocks des Fabriksviertels, welches den nördlichsten Teil von San Francisco bildet, zerstört. Geringerer Schaden wurde in allen übrigen Stadtteilen angerichtet.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 19. April.

**Achtung, baugewerbliche Arbeiter!** Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Fadenburgs sind in den Ausstand getreten. Zutug ist streng fernzuhalten!

**Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden.** Zutug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

**Zutug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.**

**Wegen Wafregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wafffabrik von Aug. Scheerer verhängt worden.** Arbeiter, denkt daran!

**Achtung, Arbeiter!** Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt: E. G. Wers, Lachwehr-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgellarter Arbeiter darf in demselben Arbeit annehmen.

**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Emaille in der Fabrik von Carl Ehrl n. Söhne sind wegen Lohn-differenzen in den Ausstand getreten.** Zutug ist streng fernzuhalten.

**Zutug von Maurern und Bauarbeitern nach Schwartau, Wandorf und Nicudorf a. O. ist fernzuhalten,** da dort ein Streik ausgebrochen ist.

**Am Ausstand der Arbeiter auf der Parteinfabrik von Ewers.** Am gestrigen Morgen wurde den ausständigen Arbeitern eröffnet, daß die Fabrikleitung gewillt sei, den Stundenlohn von 30 auf 32 Pf. zu erhöhen. Während die von anwärts nach hier gekommenen Leute mit dieser Zulage sich hauptsächlich deshalb zufrieden geben, weil von ihnen die Mäntelung ihres Logis zum nächsten Tage verlangt wurde und sie über keine Mittel verfügten, zogen die eingetroffenen hiesigen Arbeiter es vor, den Streikstand von ihrem Bauoffizier zu unterstützen und sich anderswo bessere Beschäftigung zu suchen. 19 Mark Wochenlohn bei täglich achtstündiger, anstrengender, höchst gesundheitschädlicher Tätigkeit, das ist das Entkommen der Parteinarbeiter nach der Lohnaufbesserung. Allzu groß dürfte bei solcher veränderten Aussicht das Angebot von Arbeitkräften bei dieser Fabrik kaum werden.

**Die Genickstarre,** jene gefährliche Krankheit, die schon viele Menschen dahingerafft hat, ist gestern hier in Lübeck in einem Falle konstatiert worden. Das Töchterchen des in der Ludwigstraße 21 wohnenden Trägers Hundt erkrankte unter so verdächtigen Symptomen, daß die hinzugezogenen Ärzte nicht mehr daran zweifeln konnten, hier liege Genickstarre vor. Leider ist diese Annahme nunmehr zur Gewißheit geworden. Von Seiten der Behörden sind denn auch sofort alle nötigen Anordnungen getroffen worden, um ein weiteres Ausbreiten der Krankheit zu verhindern. Das Kind wurde dem Krankenhaufe zugeführt, die Angehörigen, von denen man eine Übertragung vermuten konnte, sind isoliert. Die Wohnung und Möbel der Eheleute Hundt wurden gründlich desinfiziert, die Wäsche und andere Kleidungsstücke gekocht, und kleinere Sachen, wie Hüte, Strümpfe und dergleichen verbrannt. Somit ist die Gefahr für eine Weiterverbreitung der Krankheit auf das nach menschlichem Ermessen niedrigste Maß beschränkt worden und es liegt deshalb keine Ursache zur Beunruhigung der Bevölkerung vor.

**Der Neubau des Johanneums** wurde am Mittwoch mittag den Bürgerschaftsmitgliedern und der Presse zur Besichtigung freigelegt. Der Eindruck, den die Schule macht, ist ein durchweg günstiger. Es ist nicht unwesentlich zu gedenken worden und doch erscheint alles prächtig, ja vielfach geradezu gemüthlich. Die Aula mit ihrer Orgel, ihren wirkungsvollen Beleuchtungskörpern und namentlich dem künstlerisch ausgeführten Fenster, ein Meisterwerk der Glaserei, ist die Zierde des Ganzen. Die Klassenzimmer sind nur für eine Schülerzahl von etwa 30 bis 35 eingerichtet und mit zweckmäßigen Schulbänken versehen. Besonders Interesse erregten auch die zahlreichen Lehrmittel und Apparate für chemikalische und physikalische Zwecke. An der Ostseite befindet sich ein Turm, von dem aus man eine wundervolle Fernsicht genießt und der auch als Observatorium dienen soll. Eigenartig berührt es, daß alle Zimmer, sowie deren Türen, verschieden gefärbt sind; auch die Korridore sind mit Platten von vielfach wechselnder Farbe und Ausführung belegt. Eine weitere Eigenart besteht darin, daß man das Glas zu den verschobenen Fenstern nicht, wie sonst üblich, farblos, sondern teilweise grünlich genommen hat. Zu welchem Zweck, ist uns nicht recht erfindlich. Wenn so das Innere der Schule durchweg gefallen kann, so möchten wir hieran den Wunsch knüpfen, daß man auch bei den Volksschulbauten wenigstens dahin kommen möchte, Klassen für eine kleine Schülerzahl einzurichten, als das bisher der Fall ist; man würde sich damit nur Dank verdienen. Am Außen der Schule fällt eigentlich nur die Aula auf, die mit Sandsteinverzierungen nach unserer Geschmack zu überladen ist.

Im „Mutterjohn“-Prozesse wurde gestern das Urteil verlesen, und zwar ging dasselbe dahin, daß der Schriftsteller Dose wegen Verleumdung des Rechtsanwalts Ritter in London 200 Mk. Geldstrafe zu zahlen hat. Außerdem sollen die im Besitz des Angeklagten, des Druckers, oder in Buchhandlungen befindlichen Exemplare des Romans „Der Mutterjohn“ eingezogen und die benutzten Platten unbrauchbar gemacht werden. Die Strafammer hält es für erwiesen, daß Dose in der Figur des Adamus Berg, die im Roman auftritt, seinen Vetter Ritter gezeichnet und verächtlich machen wollte und kam deshalb zur Aufhebung des freisprechenden Urteils der ersten Instanz. Die sehr erheblichen Kosten des Prozesses fallen dem Beklagten zur Last. Die von Dose gegen Ritter erhobene Widerklage wegen des von diesem erhobenen Vorwurfs, er (Dose) schreibe à la Wisse, wurde mit der Begründung abgewiesen, daß es sich hier um Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

**Eine Rechtfertigung des Vorgehens der Hamburger Needer** und speziell der Hamburg-Amerika-Linie gegenüber dem Seemanns-Verband sucht die „Eisenb.-Ztg.“ vorzunehmen, indem sie die verschiedenen winzigen Erhöhungen der Monatsgehälter für Schiffleute zu riesigen Prozentualsummen aufbauscht. Dabei betragen nach ihren eigenen Angaben die Steuern nur für den 1. Zimmermann 80 95 Mk., 1. Bootsmann 80—90 Mk., Matrosen 55 Mk., nach 1 Jahr 70 Mk., Leichtmatrosen 35—45 Mk., Jungen 15 Mk., Heizer 75—85 Mk., nach 1 Jahr 80—90 Mk., Trimmer, Befahren, 65—70 Mk., nach 1 Jahr 70—75 Mk., unbefahren 50 Mk. Diese in der Zeit der Hochkonjunktur des Reedereigewerbes festgesetzten Heuerläge erfordern in den folgenden Jahren der wirtschaftlichen Depression, unter der auch die Schiffahrt zu leiden hatte, keine Herabsetzung, bemerkt dazu das Blatt. Wenn das nur so ohne weiteres gegangen wäre, würden sich die Needer wohl nicht genert haben; man befürchtete aber mit Recht, Widerstand bei den in Betracht kommenden Leuten zu finden. Richtig ist es zweifellos, daß ein sehr großer Teil der Schiffsmannschaften nicht verbeiratet ist. Die „Eisenb.-Ztg.“ hebt nämlich diese Tatsache hervor, um daran die Bemerkung zu knüpfen, wie wertvoll gerade für diese Leute die freie Beschäftigung an Bord ist. Wir möchten jedoch die Frage stellen, ob es denn überhaupt möglich ist, sich bei Löhnen von 50, 60, 65 und 70 Mk. auch noch zu betätigen; jedenfalls nicht. Die niedrigen Löhne sind zweifellos der vornehmste Grund für das Bedauern vieler Seeleute, und deshalb kann man ihnen nur rat geben, wenn sie eine Erhöhung derselben verlangen. Schließlich wird noch angeführt, welche Summen die Hamburg-Amerika-Linie für Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Altersversicherung ausgibt.







# Maifeier 1906.

**Dienstag den 1. Mai ds. Js.**

morgens von 9 bis 11 Uhr:

**Festlichkeiten**, bestehend aus: Festrede, Musik, Gesangsvorträgen und Aufführungen, im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

**Nachmittags:**

**Ausflug nach dem Etablissement Tiergarten**

unter Begleitung von 5 Musikkapellen und Mitnahme von Fahnen, Bannern und sonstigen Emblemen

**Nach Ankunft dortselbst:**

Ansprache, Musik und Gesangsvorträge; ferner: Kindervergnügen, Preisschießen, Tanz für Erwachsene.

Bei eintretender Dunkelheit: Illumination des Festplatzes und Feuerwerk.

Schluß der Feier: 10 Uhr.

Der Abmarsch des Zuges erfolgt präzise 2 Uhr nachm. vom Falkenplatz vor dem Hüxtertor.

Den Anordnungen des Festkomitees ist unbedingt Folge zu leisten.

Die Festkarten sind sichtbar zu tragen.

**Das Komitee.**

Die Gewerkschaften werden gebeten, ein Hilfskomitee zu wählen.

Karten à 30 Pfg. sind zu haben bei sämtlichen Distrikts- und Bezirksführern, sowie bei: C. Wittfoot, Hüxstrasse 18, C. Schröder, Lederstrasse 3, Grünewald, Böttcherstrasse 18, Körner, Kupferschmiedestrasse 11, Ufermark, Kl. Burgstrasse 25, Vereinshaus, Johannisstrasse, und in der Exped. des „Lübecker Volksboten“.

**Ortskrankenkasse in Lübeck.**

**Ordentliche General-Versammlung**

der Vertreter  
Sonntag den 28. April 1906  
abends 8 Uhr  
in Sempfer's Gesellschaftshaus (Bürgerverein), Königstraße 25.

- Tages-Ordnung:**
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
  2. Abnahme der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes.
  3. Abänderung der §§ 12, 15, 16, 26, 29, 34, 62 der Kassensatzungen.
  4. Aenderung des Beamteneinsatz und Bewilligung einer einmaligen Teuerungszulage.
  5. Wahlen zum Vorstande und Rechnungsprüfungsausschüsse.
  6. Verschiedenes.
- Die Erfahrmänner der Generalversammlungsvorsteher, sowie die freiwilligen Krankenkontrollen können der Versammlung als Zuhörer beiwohnen.

Lübeck, den 12 April 1906

Der Vorstand.

**Konsumverein**  
für Lübeck und Umgegend.  
E. G. m. b. H.

**General-Versammlung**  
am Donnerstag den 26. April  
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

- Tages-Ordnung:**
1. Bericht des Vorstandes.
  2. Bericht des Aufsichtsrats.
  3. Genossenschaftliches.

Der Aufsichtsrat.  
NB. Die Frauen der Mitglieder werden hierzu freundlichst mit eingeladen.

**Achtung Stellmacher!**  
**Sektions-**  
**Versammlung**  
am Freitag den 20. April  
abends 8 Uhr

bei C. Schröder, Lederstrasse.  
Sollzähliges Erscheinen ist notwendig.  
Die Sektionsleitung.

**Stadthallentheater.**

Die Abonnements-Karten für die Sommer-Spielzeit werden täglich bis 25. April ausgegeben.

Großer Posten gut gearbeitete Schürzen und Taschen, Federlasten, Brodbesen, Brotkörbe, Nähkörbe mit Postler, Nählasten zu sehr billigen Preisen

**Zum billigen Laden**  
27 Hüxstraße 27.

**Bitte überzeugen Sie sich**  
von der Auswahl in allen Bretzlagen.  
Stets vorrätig sämtl. Marken  
unter günstigen Bedingungen.  
Reelle Bedienung.  
**J. Baade, Falkenburg, Aller 48.**

**Die Maifestzeitung**  
für dieses Jahr

ist soeben in sehr guter und reichhaltiger Ausstattung erschienen und für den Preis von 10 Pfg. pro Exemplar nur durch unsere Zeitungs-Austräger und -Austrägerinnen zu beziehen.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Gute geräucherte

**Mettwurst** Pfund 80 Pfg.

wieder vorrätig.

**Carl Junge, Wahnstraße 14.**

**Achtung Bauarbeiter!**

**Mitglieder - Versammlung**

am Freitag den 20. April 1906

abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

**Tages-Ordnung:**

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1906.
3. Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Verein der Musikfreunde.**

Freitag den 20. April

abends 8 Uhr

**im Kolosseum:**  
**54. Volkstüml. Konzert**

(Orchester: 52 Musiker.)

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth

**VI. letztes Volks-Sinfonie-Konzert.**

Zur Aufführung kommen u. a.:

II. Sinfonie in D-dur op. 36

L. van Beethoven.

Suite in H-moll für Flöte u. Streichorchester

J. S. Bach.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vorverkauf 10

Eintrittskarten 3 Mk. Einzelkarten 40 Pfg.

bei d. bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vorverkauf

10 nummerierte Einzelkarten 5 Mark. Num-

merierte Eintrittskarten 60 Pfg. nur bei F. W.

Kaibel, Breitestraße 40.

Sonntag den 22. und Dienstag

den 24. April:

**Letzte volkstümliche Konzerte**

in dieser Spielzeit.

**Panorama**

Breitestraße 53, 1. Stg.

Auf vielfachen Wunsch:

**Herrenchiemsee.**

Das Millionenschloss

König Ludwig II. von Bayern.

**Hansa-Theater**

**Rad- u. Motor-Rennen**

a. d. Home Train-Apparat v.

**Les Portés**

**!! Herausforderung !!**

Les Portés (Willy Porté, Deutsch-

lands bester Motorschrittmacher, Mlle.

Claire Porté, Champion v. Südrussland

u. Theo Porté-Willadsen, Champion-Cy-

clist v. Skandinavien) sind bereit, mit

hiesigen Berufs- und Amateurfahrern

u. Fahrerinnen einen Match über 1-3

Kilometer zu fahren, welche Rennen

auf der Bühne des Hansa-Theaters statt-

zufinden hätten. — **Anmeldungen**

werden täglich von 11-1 Uhr an der

Theaterkasse entgegenommen.

Vorverkauf in Sager's Zigarrengeschäft.



## Soziales und Parteileben.

**An die Arbeiterschaft Deutschlands!** Die organisierten Abzahlungs-, Nähmaschinen-, Versicherungs- und Automatenkassierer beschließen in ihrer letzten Besammlung, zündende Festigung der Organisation eine Kontrollkarte einzuführen. Wir suchen darum, daß die gesamte Arbeiterschaft von nun an nur noch mit modern organisierten Einkassierern und Agenten Geschäfte abschließt. Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn diese ordnungsgemäß in jedem Quartal abgestempelt ist. Wir richten an die gesamte Arbeiterschaft das Ersuchen, diesen Kauf zu beachten und dafür zu sorgen, daß danach gehandelt wird.

**Hoch die Solidarität!**  
Generalverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands  
(Sektion der Einkassierer und Massenboten).  
Z. A.: Friedrich Erdow  
Helm N. 37, Friedrichstraße 3.

**Eine Ausperrung der Bauarbeiter im bayerischen Oberland.** In dem stillen gelegenen Ortsteil Metzenhall tobte zur Zeit ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Die Arbeiter im Baugewerbe haben im vorigen Jahre mit den vereinigten Bauunternehmern einen Tarif abgeschlossen. Diesen Tarif haben die Unternehmer zum Teil durchbrochen, weshalb die Maurer, Zimmerer und Handlöhlarbeiter in den Ausstand traten. Dieser Streik kam den Unternehmern unangenehm, denn sie wollten mit dem Beginn der Sommerferien (1. Mai) mit den in Angriff genommenen Bauten fertig werden und dann die Arbeiter aussperrten. Die Arbeiter haben aber den Zeichenmoderern in die Suppe gespickt und haben die Arbeit unterbrochen und forderten nurmehr eine schrittweise Lohnsteigerung. Die Unternehmer verdrückten ein Eingeständnis und beschloßen, falls die Arbeit nicht sofort aufgenommen werde, über sämtliche Arbeiter von Reichshall ihre Rechte wahrzunehmen. Dieser Maß ist von 48 Arbeitgebern unterschrieben. Die Arbeiter hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, auf die Forderungen hinzu zu bestehen. Während der Versammlung trat ein Exkurs des Arbeitersverbandes ein mit der Mitteilung, daß die Unternehmer zu Unterhandlungen bereit seien. Diese Unterhandlungen verliefen jedoch resultatlos, worauf der Arbeitgeberverband die Versammlung abhielt und der Beschäftigten, sämtliche Arbeiter in Reichshall auszusperrten. Die Unternehmern warfen in der Zeit sämtliche organisierten Arbeiter noch vor dem Oberste auf Pflaster. Dabei zwangen sie auch die Arbeiter und Sozialdemokraten, die Arbeiter zu verlassen, obwohl diese erst vor wenigen Tagen mit dem Arbeitgeber bezw. Metallarbeiter Verbande Tarifverträge abgeschlossen haben. Die Sozialdemokraten machten darauf geltend, daß sie zwar am 1. Mai die Arbeiter aus der Fabrik gesperrt waren — das, was die Arbeiter wollten, wurde von ihnen herausgeholt, was der Kampf nicht lösen konnte. Die Arbeiter in Reichshall sind bis zu 95 Proz. organisiert. Zugehörig zu Maurern, Zimmerern, Bauhilfsarbeitern, Schreibern, Tischlern, Schweißern, Malern, Tapezieren und aller mit dem Bauwesen verbundenen Berufe nach Reichshall ist hundertfünfzig Arbeiter.

**Der Streik der Maler, Lackierer und Weißbinder in Bad Homburg v. d. G.** Der Streik der vierberuflichen Gewerkschaften mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet. Gestrichelt wurde die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, 35 Proz. Mindestlohn für die Junggelehrten und 45 Proz. für die anderen Gewerkschaften. Damit ist der Kampf der „bekannten“ Arbeiter in Reichshall beendet, der mit der gestrichelten Gewerkschaft geführt und der erste Streik in Homburg seit Jahrzehnten war.

**St. Allgem. Handels-Hilfsarbeiter Kongress.** (2. Tag) Die Festlegung der Präzedenz: ergab die An-

wesenheit von 117 Delegierten aus 80 Orten. Außerdem sind als Gäste anwesend: die Gewerkschaften Rollemburg und Pfannkuch für die soz. Reichstagsfraktion, Genosse Legien für die Generalkommission; außerdem sind vertreten: die Berliner Gewerkschaftskommission, der Zentralverband der Handlungsgewerkschaften, der Eisenarbeiterverband und der Zentralverband der Maschinen- und Feinzer. Nach Beendigung der Diskussion über den ersten Punkt und einem Schlußwort des Referenten wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Entscheidung der gegenwärtigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe den berechtigten Wünschen der Handels-Hilfsarbeiter“ geschritten. Der Referent, August Werner, Berlin, wies anfangs darauf hin, daß die gewerkschaftlichen Arbeiter sich gegenüber den Handels-Hilfsarbeitern in einer benachteiligten Lage befinden. Für sie herrscht zum weitesten Teil die völlige Sonntagsruhe. Wie aber sieht es mit den Handelsarbeitern aus? Auch an Sonn- und Festtagen müssen sie frohden. Das ist nicht nur den Handelsherren, sondern auch hohen Herren der Regierung zu verdanken. Mit Händen und Füßen hindern diese sich dagegen, auch den Handelsarbeitern die so notwendige Sonntagsruhe zu gewähren. Nach einem geschichtlichen Rückblick betont Redner, daß leider in den Volksgewerkschaften die Rücksichtlosigkeit noch eine sehr große ist. So müßte das traurige Resultat konstatiert werden, daß die Zahl der Arbeiter, die sich für die Sonntagsruhe ausgesprochen haben, größer ist als die Zahl der hiesigen Wähler außer den Arbeitnehmern. Was von der Behauptung der Arbeitgeber, sie würden durch die Sonntagsruhe schwer geschädigt zu werden ist, geht aus einer Notiz des „Confectionär“, dem Unternehmernorgan, hervor, nach der die Sonntagsruhe der Confectionäre keine Nachteile bringt, sondern im Gegenteil sogar noch erhöht. Redner erbot zum Schluß die Forderung auf Einführung einer vollständigen Sonntagsruhe ohne Ausnahmsbestimmungen, wie sie heute schon seit langer Zeit in England und Amerika besteht. Die Diskussion war auch hier eine sehr rege. Viele Beschlüsse wurden zutage gefördert. Nach einem Schlußwort des Referenten war dieser Punkt erledigt. Nunmehr wurde der 5. Punkt: „Die Unterdrückung der Handels-Hilfsarbeiter“ vorweggenommen. Als Referent fungierte Zimmerer, Bremen. Redner geht zu nächst die Halbheit der gegenwärtigen Sozialgesetzgebung, die er zu billigt, daß nur die Handelsarbeiter gegen Unfall versichert sind, die in Betrieben arbeiten, welche entweder mit einem Lagerraum verbunden oder in das Handelsgebiet einbezogen sind. Zwar habe die Unfallversicherungsgesetzgebung in letzter Weise bei Unfällen geholfen, wolle, aber das Risiko der Versicherungsgesellschaft habe hier einen sehr großen Gewinn gemacht, indem es sich an den Kosten der Arbeiter des Gehalts hielt. Dem Wortsache nach eine Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht haben sich die verschiedenen Reichstagsinstanzen mit allen Mitteln widersetzt. Redner wies nach, daß die Zahl der Unfälle im Handelsbetriebe eine sehr große ist. Er beleuchtete die Ursachen und Folgen derselben und kam zu der Forderung, daß eine wirksame Arbeiter-Unfallversicherung auch des Handelsbetriebe zuzusetzen müßte. Auch an diesem Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Bevor in der Tagesordnung folgende Punkte waren, kam der Antrag Stellungnahme bezügl. der Einheitsorganisation zur Besprechung. Nachdem die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei erklärt hatten, daß sie in ihren Vereinen die Einheitsorganisation zur Sprache bringen und eine demnach abzuhandelnde Einheitsorganisation beschließen würden, zog Stellung seinen Antrag, den Punkt auf dem Kongress zu erledigen, zurück. Das Referat zum 3. Punkt: Der 8 Uhr-Lohn und Geschäftslohn hatte Werner, Magdeburg übernommen. Redner wies nach, daß für die Einführung des 8 Uhr-Lohnes und Geschäftslohn 11. o. w. Referat darauf hin, daß bei einer Forderung in Magdeburg der 8 Uhr-Lohnschluß nicht überschritten worden sei. Darauf habe jemand einen anonymen Brief an die Polizei wegen dieser Überbrechung geschickt; die Folge war,

daß bei den Hausdienern seitens der Polizeibehörde Schriftproben angefordert wurden, um den Schreiber der anonymen Briefe zu ermitteln. Nach dem Bericht der Behörde ist bis zum 15. Dezember 1905 in 214 Städten der 8 Uhr-Lohnschluß eingeführt und zwar in 45 Städten für alle Gewerkschaften, in den anderen Städten mit Ausnahmen. Die Großstädte fehlen unter den 45 vollständig, mit Ausnahme von Braunschweig. Zum Schluß verwies Redner auf die Arbeiter-Unfallbestimmungen in West-Australien. Dieses „wilde“ Land geht also dem Lande der Sozialreform voraus. In Deutschland steht die Arbeiter-Unfallgesetzgebung nur auf dem Papier, in der Praxis führt man nichts her. Von. Abhilfe hierin kann nur eine straffe Organisation schaffen. Ueber den 6 Uhr-Lohnschluß sprach Wagner, Hamburg. Redner betonte, daß die Befreiung der Arbeitsverhältnisse der Handels-Hilfsarbeiter mit abhängig sei von dem Postschluß. Aus diesem Grunde plädierte er dafür, daß im ganzen Reich der 6 Uhr-Postschluß ohne Ausnahme eingeführt wird. Hierauf Schluß des zweiten Tages.

**Der 6. Verbandstag der Sattler tagt seit Montag in Dresden.** Zunächst wurde seitens des Vorstandes und Ausschusses über deren Tätigkeit berichtet. Die darauf folgende Debatte war sehr lebhaft. Das Hauptinteresse der Öffentlichkeit dürfte in der Erörterung der Fragen liegen: War die Stellungnahme des Redakteurs der „Sattler-Ztg.“ zum Konflikt der „Vorwärts“-Redakteure gerechtfertigt oder nicht? Und in Verfolg dieser Frage die weitere: Gehört Politik überhaupt in ein Gewerkschaftsblatt? Als Ergebnis der Debatte dürfte zu betrachten sein, daß man das Eintreten Blums für die entlassenen „Vorwärts“-Redakteure als ein von illegalem Stoffe getragenes betrachte, das indes als ein ungeschickliches Einmischen in eine politische Verwaltungsangelegenheit nicht in den Rahmen eines Gewerkschaftsblattes hineinpaßt, was übrigens auch von dem an die Gewerkschafts-Abteilungen verschickten Artikel der Generalkommission gelte. Dagegen solle und müsse die Gewerkschaft ihre Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete nach Tatkraft schärfen und an der Hand der Tagesereignisse demonstrieren, daß ohne Rücksicht an die politische Partei auch die Arbeit der Gewerkschaften bezüglich der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Sicherstellung des Koalitionsrechtes, Ausbau der Arbeiter-Unfallversicherung u. d. m. erfolgreich bleiben würde. In diesem Sinne sei Bismarcks Wort auf dem Kölner Gewerkschaftskongress aufzuführen: Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sei eins. Die Aufklärung, daß die Partei uns noch keine Stunde Arbeitszeitverkürzung und keinen höheren Lohnverhöhung gebracht habe, zeuge von einer kurzfristigen Auffassung der Verhältnisse. Die Ausführungen der letzten Zeit schreiben den Gewerkschaften ihre Stellungnahme vor. Nach Schluß der Debatte wurde dem Verbandes-Blatte Blum für seine Rednerführung einstimmig Danksagung erteilt. — Die Verhandlungen wurden darauf vertagt.

**Der Verbandstag der Maschinen- und Feinzer** wurde Diers in Mannheim abgehalten. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1904 weist auf in Einnahme 74 935 90 Mk. in Ausgabe 60 622 48 Mk., jener für das Jahr 1905 123 015 12 Mk. bzw. 100 545 70 Mk. Seitens des Reichsvereins Klagen wurde geführt über das mangelhafte Eingehen der Beiträge. Das Verbandsorgan hatte 1904 eine Einnahme von 20 032 83 Mk., eine Ausgabe von 20 175 27 Mk., 1905 24 652 32 Mk. bzw. 24 314 20 Mk. Hiemit gilt verlesen die Beratungen über die Änderung des Verbandsstatuts. Als einschneidende Veränderung ist hervorzuheben, daß an Stelle der Arbeitslosen- und Gewerkschaftenunterstützung tritt, also auch Mitglieder in Krankheitsfällen Unterstützung erhalten. Außer diesem wurde ein Antrag Leipzig angenommen, wonach Personen, welche aus einer anderen Organisation, gleichviel welcher Richtung übertraten, ohne weiteres als unterstützungsberechtigte Mitglieder gelten, insofern die Zugehörigkeit zur früheren Organisation die im Verbandsstatut vorgeschriebene

## Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Dicksonell.  
Übersetzt von Marie Luise Blochmann.

65 Fortsetzung.

Die Frauen und Kinder der Dörfel waren in dem Fabrikhof versammelt worden, dieser letzte Lohntag waren.  
„Was wollen wir zuerst verbrennen?“ fragte der Bischoff.  
„Wir wollen doch erst mit ihnen unterhandeln“, meinte Fiedl; „höchstens können wir den Eintritt erlangen und dann können wir alles ausbrennen und die Maschinen verbrennen. Dies wird eine große moralische Lehre sein.“  
„Wenn es nur hienüt“, sagte der Bischoff, „es ist mir ganz gleichgültig, was Sie die Leute lehren. Ich überlasse das Ihnen. Ich will aber Feuer für das Wasser haben.“  
„Ich will vorgehen!“ rief Fiedl, trat aus der Menge und zog die Klingel. Der Bischoff auf seinem Maultier und noch ein Dutzend Höllethoren folgten ihm. Die Masse des Volkes stand zwanzig Schritte hinter ihnen.  
„Wer Klingel?“ fragte eine laute Stimme.  
„Einer, der auf Befehl des „Bischoffs“ Einlaß fordert, um nachzugehen, ob der Befehl zu vollständiger Einstellung der Arbeit in dieser Fabrik ausgeführt worden ist.“  
„Seht gut!“ sagte der Bischoff.  
„Nicht eine Hand ist hier an der Arbeit“, antwortete die Stimme. „Ich gebe Ihnen mein Wort.“  
„Ich pfeife auf Ihr Wort“, sagte der Bischoff. „Ich will wissen.“  
„Still, still“, beschwichtigte ihn Fiedl, und dann mit lauterer Stimme:  
„Es mag sein. Da aber unsern Boten heute Morgen

der Einlaß gewährt wird und man sie auf's unwilligste.“  
„Ja, ja! So ist's“, beschwichtigte der Bischoff.  
„Was's unwilligste behandelte, sehr Fiedl fort, „so müssen wir uns persönlich von dem Stand der Dinge überzeugen, und ich bitte Sie und viele Ihnen an, den „Bischoff“ sofort einzutreten zu lassen.“  
„Niemand wird hier eintreten“, erwiderte der unsichtbare Lohndiener.  
„Das ist genug!“ riefte der Bischoff.  
„Hüten Sie sich!“ drohte Fiedl.  
„Ob Sie mich hereinlassen oder nicht, ist ganz gleich“, knirschte der Bischoff. „Ich will Feuer für das Wasser haben, und beschwören Sie mich herzukommen. Nun voran, Durchschauen!“  
„Halte ein“, gebot die Stimme des Unsichtbaren. „Sie will mit Euch reden.“  
„Er geht, um uns aufzuwaschen“, flüsternte Fiedl dem Bischoff zu.  
Bischoff erliefen auf dem flachen Dach des Häuschens an der einen Seite des Haupttores — Gerard. Seine Miene, seine Gestalt, seine Stellung waren gebietend, und bei seinem Anblick brach die zu Tausenden versammelte Menge in einen tosenden Jubelruf aus. Es war der Anblick eines Mannes, der noch allem und allem der beliebteste Führer des Volkes war, welcher jemals in diesen Gegenden aufgetreten — eines Mannes, dessen Bedrohbarkeit entzückte und beherrschte, dessen Selbstlosigkeit bekannt war, dessen Leiden das Mitgefühl erweckt hatten, dessen Mut, Mannhaftigkeit und vielbewunderte Kraftstärke für das Volk eine Quelle des Stolzes waren. Da war kein Mann aus Rowbray, dessen Herz nicht vor Bewegung zitterte und dessen Gedächtnis nicht die Reden von dem Druden-Altar und die ruhmvollen Versammlungen auf dem Moore zurückrief.

„Gerard soll leben!“ brüllte laut der allgemeine Jubelruf.  
Der Bischoff, welcher niemand, der außer ihm gefeiert ward, leiden konnte, — wie viele andere großen Männer, — war sehr mißvergnügt und etwas verlegen.  
„Was soll das heißen?“ fragte er Fiedl leise. „Ich kam hierher, um das Feuer niederzudrücken.“  
„Warten wir ein wenig“, antwortete Fiedl, „wir müssen die Rowbray-Beute etwas gewahren lassen. Dies ist ihr beliebtester Führer, er war es wenigstens früher, ich kenne ihn gut, er ist ein tapferer und ein ehrenwerter Mann.“  
„Ist das der Mann, der meine Beute mit der Feuer- spritze traktierte?“ schrie der Bischoff während.  
„Still!“ rief ihm Fiedl zu, „er fängt an zu sprechen.“  
„Meine Freunde“, sprach Gerard, „denn wenn wir nicht Freunde wären, wer sollte es dann sein?“ (Unter Beifall und Rufe: Sehr wahr!) Wenn Ihr hierher gekommen seid, um zu sehen, ob die Fabrik von Rowbray still steht, so gehe ich Euch mein Wort, daß hier, in diesem Augenblick, nicht eine einzige Maschine, nicht ein einziger Mann sich regt. (Unter Beifall) Ich hoffe, Ihr glaubt meinem Wort; (Beifall und Rufe: Wir glauben Dir.) Ich denke, ich bin in Rowbray bekannt, (Gerard soll leben!) und auch auf dem Moore von Rowbray. (Stimmlicher Beifall) Wir sind früher zusammen gekommen, (gewiß!) und werden wieder zusammen kommen. (Großer Beifall) Das Volk hat nicht so viel gute Freunde, daß es mit Männern Streit anfangen sollte, die sein Bestes wollen. Der Besitzer dieser Fabrik hat sein Möglichstes getan, um Euch los zu erleichtern. Er ist keiner von denen, welche die Rechte der Arbeit verneinen. (Unter Beifall) Ich sage, Herr Trafford hat sich die Rechte der Arbeit anerkannt. (Anhaltender Beifall und Rufe: Ja, ja, das hat er!) Ist er der Mann, dem wir Schaden zufügen sollten? (Mein-



Paragraf erreicht. In außerordentlichen Fällen erhält der Vorstand das Recht, von seiner Stellung abzutreten. Weiter erhält der Verbandsvorstand die Berechtigung, in besonderen Fällen bei Streiks die Unterstützung unorganisirter sowie nicht vollberechtigter Mitglieder aus der Verbandsliste vorzunehmen, wenn ohne diese Maßnahmen der Streik ausfallslos erlischt. Gemäßregeln erhalten eine Unterstützung von 18 Wochen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, die Mitglieder, nach dem es den Beständen gestattet sein soll, mit Genehmigung des Gewerkschaftsrates in einen Streik einzutreten ohne vorherige Zustimmung des Verbandsvorstandes. Ein Antrag, der ebenfalls zum Beschluss erhoben wird, besteht in der sofortigen Absetzung der Mitglieder jedes Kollegen. Beschlossen wurde ferner: 1. Der 1. Vorsitzende des Verbandes ist anzustellen. Derselbe tritt sein Amt am 1. Mai an. 2. Es ist ein Komitee für den Osten, Süden und Westen Deutschlands anzustellen, der Norden verbleibt vorläufig dem Vorstand zur Bearbeitung. Die Komitees werden vom Vorstand ernannt; derselbe hat die Anstellung endgültig zu vollziehen. Die Anstellung soll einstimmig beschleunigt werden und wann möglich, bis zum 1. Juli erledigt sein. 3. Das Gehalt des 1. Vorsitzenden wird auf 2000 Mk. festgesetzt, das Gehalt des 2. Vorsitzenden und des Kassierers wird unter Wahrung ihrer längeren Tätigkeit für den Verband auf 2200 Mk. festgesetzt. Das Gehalt der Gewerkschaft beträgt 1800 Mk. Die Diäten werden auf 6 Mk. pro Tag festgesetzt. Im übrigen richten sich die Gehälter nach dem Beschlusse des Stützpunkts-Gewerkschaftskongresses im Jahre 1902 mit der Maßgabe, daß das Höchstgehalt 2400 Mk. beträgt. Als Sitz des Ausschusses wurde wieder Lubowitzsch, als Ort der nächsten Generalversammlung Pilsen gewählt. Als 1. Vorsitzender wurde Schäffler gewählt mit 33 Stimmen gewählt. Als Kassierer wurde Richard Berlin, als Kassierer Klein wiedergewählt, das Schriftführeramt wird Josef Berlin übertragen. Zum internationalen Kongress in Mailand wurde der nunmehrige Vorsitzende Schäffler delegiert. Um 6 1/2 Uhr wurden die Verhandlungen nach einem Schlußwort von Richard Berlin, dem bisherigen Verbandsvorsitzenden, geschlossen.

Der neunte polnisch-sozialdemokratische Parteitag für Deutschland fand während der Osterfeiertage unter Vorsitz von Stanislaw Berlin und unter Teilnahme von 57 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands (Berlin, Charlottenburg, Bremen, Posen, Snowragaw, Moabit, Rixdorf, Oberhausen, Breslau etc.) in Kattowitz D/S. Rat. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Einigung der polnischen Partei mit der deutschen, die schon seit Jahren angestrebt, aber nie erzielt wurde. Nach längerer erregter Debatte, in der das Aufgeben der Selbstständigkeit mit dem Mangel an Parteiorganisation motiviert wurde, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es unter anderem heißt: die polnischen Sozialdemokraten Deutschlands stellen eine selbständige Organisation dar, die den Kampf hat, die Agitation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der allgemeinen deutschen Partei. Die polnische Organisation erkennt vollständig deren Parteiprogramm an, sowie deren Parteistatuten, das heißt den deutschen Parteitag als die höchste Parteivollversammlung. Die in polnischer Sprache erscheinenden Schriften unterliegen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation. Die „Gazeta Robotnicza“ ist das offizielle Organ aller polnischen Genossen des Deutschen Reiches. Zur Kontrolle wird eine Kommission gewählt, in die der deutsche Vorstand ein Mitglied entsendet. Die Kandidaten für die Wahlen werden in Konferenzen der Genossen aus dem Wahlkreis nominiert, event. hat sich der polnische Vorstand mit dem deutschen ins Einvernehmen zu setzen, um eine Einigung zu erzielen.

### Uns Ruf und Fern.

Das Gesändnis eines vierfachen Mörderd. Der Arbeiter und Hausbesitzer Birke in Hford, der, wie wir meldeten, seine Frau und seine drei Kinder ermordet und dann die Flucht ergriffen hatte, ist, nachdem er in Salzburg in Dyppe auf einem Heuboden verhaftet aufgefunden wurde, dem Gerichtsgefängnis in Stillefeld zugeführt worden. Dort hat er vor dem Untersuchungs-

richter ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gab an, er habe die grausige Tat ausgeführt, weil er befristete, er würde mit seiner Familie flüchten und dann sein Haus zum 1. April zu billiger Vermietet haben. Am Montag seien die Eheleute wie gewöhnlich bei Anbruch des Tages aufgestanden; die Hausfrau sei ihren Pflichten nachgegangen und hinterließ die Wohnungsvorschriften in der Kammer geordnet. Auf dem Wege zum Bett habe seine Frau ihn gebeten, ihr auf dem Boden bei dem Umkippen eines Bettes behilflich zu sein. Dies habe er getan. Bei dieser Arbeit habe ihn das Traurige seiner Lage mit aller Gewalt gepackt und in der Erregung habe er eine in der Nähe stehende Wirtin ergriffen und damit auf seine Frau losgeschlagen, die mit dem Ruf: „Aber mein lieber Mann!“ hinfälligerweise sofort tot zusammengebrochen sei. Darauf sei er mit der blutbesetzten Wirtin nach unten gelaufen und habe die im tiefen Schlaf liegenden drei Kinder ebenfalls erschlagen. Die Leiche des jüngsten Kindes habe er sodann aus der Wirtin genommen und zu der inzwischen erkrankten Witze seiner Frau auf dem Boden getreten. Er selbst habe dann in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, das Haus verlassen, nachdem er alles vorhandene Bargeld an sich genommen hatte. Auf dem Wege sei er hierauf im Wald umhergeirrt, habe sich auf einen Ast, teilte im Walde sich aufgehängt, bis er in Salzburg verhaftet worden sei. Ob man es mit der Tat eines Wahnsinnigen zu tun hat, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Ein empörender Justizirrtum. Unter dieser Überschrift erzählt die „Kölnische Volksstimme“ die Lebensgeschichte des Elektromonteurs Albert Schlicht, der am 30. März frühmorgens verhaftet. Statt daß der Mann, wie es die Strafprozedur vorschreibt, spätestens 24 Stunden nach seiner Verhaftung dem Richter vorgeführt wurde, geschah dies erst am 4. Tage. Dem Mann wurde dabei erfaßt, daß er beschuldigt sei, in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar vorigen Jahres in Berlin-Mitte, Dorf einen Einbruch begangen zu haben. Schlicht war in der Lage, nachzuweisen, wo er um jene Zeit sich auf Montage befand und was sein Abbi auch in einer Protesterklärung an das Berliner Landgericht II nach. Nach der Vernehmung wurde er wieder abgeführt. Vier Tage später eröffnete ihm der Richter, daß ein Verurteilter vorliege. Es handelte sich um den Februar dieses Jahres (1906). Man arbeitete aber der Mann schon seit Anfang Dezember v. J. hier bei der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft.“ Er hatte dies auch bei der ersten Vernehmung zu Protokoll gegeben. Aber erst am anderen Tage wurde Schlicht auf freien Fuß gesetzt, und der Herr Amtsrichter erklärte, daß er wohl die beiden Jahre verwechselt habe. Als ständliche Belegstücke führt das Blatt noch an, daß ein Brief Schlichts an seine Hausfrau, worin der Verhaftete um seine Wäsche bat, nicht abgelehnt, daß seine Firma von seiner Verhaftung nicht benachrichtigt wurde und seinem Hauswirt ein Kriminalpolizist bemerkte, er könne das an Schlicht gemietete Zimmer ruhig weitervermieten, seine Sachen werde der wohl nie wieder brauchen.

Von der Arbeiterschaft der Zellstofffabrik Waldhof in Mannheim. Die gegen 1800 Personen beschäftigten, sind mehr als 400 in den Ausstand getreten. Als Grund wird von den Leuten die Vornahme von Maßregelungen angegeben. In einer Versammlung abgehalten, gleichmütig erregt verlaufener Versammlung der gesamten Arbeiterschaft wurde eine Abordnung gewählt, die im Laufe des Nachmittags bei dem Vorsitzenden der hiesigen Fabrikarbeiterverbandes vorstellig wird. Für Dienstag Abend war eine Versammlung einberufen, in der über den Ausstand Beschluß gefaßt wurde.

### Stadtauswärtige Nachrichten

vom 8. bis 14. April 1906.

- Geburten.
- 1. April. Knaben: Name und Beruf des Vaters.
  - 2. April. Schneider H. M. W. J. Witt. Arbeiter M. G. J. Schuppenhauer. Gelbgießer H. F. Ch. Bender. 4. Schmid C. J. H. W. Meinde. Ober-Postassistent W. A. Ch. Mundi. 7. Arbeiter F. G. J. Wilden. Tischler A. W. M. Niemann. Gastwirt F. J. C. Lentnecht. 8. Maurer J. Ch. Ch. Wabls. Müller F. C. J. Dörs. Arbeiter F.

nein!) Und wenn er auch heute Morgen einigen Besuchern einen solchen Empfang bereitet (Genuß), vielleicht waren es Gesichter, an die er nicht gewöhnt war. (Guter Waffall und Lachen der Leute aus Mowbray) Ich glaube sagen zu können, sie meinen es so gut wie wir, — kein Zweifel, — aber doch, — mein Nachbar ist mein Nachbar — (Ungewöhnlicher Waffall.) Und nun, meine Herren, ein dreimaliges Hoch auf den Nationalen Feiertag!“ und Gerard gab den Takt an und sein Ruf wurde von den Tausenden der Anwesenden wiederholt.

„Der Herrscher dieser Fabrik wünscht nicht dem Nationalen Feiertag entgegen zu treten; was er wünscht, ist daß alle Fabriken und Werkstätten gleichmäßig stille stehen sollen. (Rufe: Ganz recht!) Und ich sage das auch,“ fuhr Gerard fort, „es ist gerecht, gerecht und natürlich wie es ihm, als einem echten Engländer, geziemt, der das Volk liebt und dessen Vorfahren es schon geliebt haben. (Guter Waffall.) Dreimal Hoch auf Herrn Trafford, sage ich,“ und dreimal Hoch wurde ihm angedrückt.

„Und dreimal Hoch auch für Frau Trafford, die Freundin der Armen!“ Hier wurde die Menge nicht bloß enthusiastisch, sie wurde vollständig hingerissen. Einer versicherte dem anderen, daß Herr Trafford ein echter Engländer sei und seine Frau ein Engel aus Erden. Dieses Gefühl war so anstrengend, daß selbst die Hüßler davon ergriffen wurden — sie jubelten, drückten einander die Hände und es wurden sogar Tänze vergessen, — obgleich zugestanden werden muß daß viele den unbestimmten Gedanken hatten, daß die Sache mit einem guten Deal abschließen würde.

Der große Führer aber blieb unbewegt, und nichts als seine brutale Stumpfheit konnte ihn von dem Versuch abhalten, die Fint der Massenbegierde zu hängen; er war durch diese unerwartete Wendung der Dinge außer Fassung gebracht, und fand zum ersten Mal bei Field keinen Rat. Der Cartist konnte sich dem Einfluß Gerards, ihres alten

Schäfers in Lebenslagen, bei denen seine Erinnerung oft verweilt, dessen überlegener Geist ihn oft beherrscht und geföhrt hatte, nicht entziehen. Gerard hatte ihn auch erkannt, einige persönliche Anspielungen gemacht und sich auf ihn berufen, was sein Gewissen wackelnd und seiner Stille schmeichelte.

Die Reihen waren gebrochen, die Luft zu dem Wort der Besetzung verfliegen; — es hieß man müsse antworten; einige Nachzügler waren schon auf dem Rückweg, der Bischof klopfte schweigend und bewirrt mit dem Hammer auf die Mähne des Maultieres.

„Seht,“ sagte Morley der während dieser ganzen Szene, von Deviltsdust nach Mid begleitet, bei Seite gestanden hatte, sich zu Mid wendend, „jetzt ist die Reihe an Dir!“

„Meine Herren!“ rief Mid.

„Eine Rede, eine Rede,“ erwiderte es nun aus der Menge.

„Hört auf Mid Radley“ flüster Deviltsdust, sich langsam gewandt durch die Massen windend und jeden, der Einfluß hatte, anredend. Hört auf Mid Radley, er hat euch wichtiges zu sagen.“

„Radley soll leben! Hört auf Mid Radley! Nur drauf, Stuger! Gleich ihnen! Ruhe für Stuger Mid! Springe auf die Bank dort!“ und Mid sprang auf die Bank.

„Meine Herren!“ wiederholte Mid.

„Gut, das hast Du schon einmal gesagt.“

„Ich höre ihn gerne, meine Herren“ sagen, das klingt so respektvoll.“

„Meine Herren,“ begann von neuem Mid, „der nationale Feiertag hat angefangen.“

„Dreimal Hoch auf den nationalen Feiertag!“

„Ruhe! Hört den Stuger!“

„Der nationale Feiertag hat angefangen und es scheint

- Ch. Kooermann. Arbeiter J. G. W. Lemig. Arbeiter J. E. C. Goers. 9. Arbeiter G. H. W. Brüggmann. Mieter H. A. Kausch. Buchdruck-Maschinenmeister J. A. F. Magerburg. Arbeiter C. E. Neumann. 10. Dachdecker E. G. D. Füllert. Oberlehrer am Johanneum Dr. phil. E. G. B. Binder. Gerichtsvollzieher C. A. Wenzel. 11. Postamtier J. A. D. Claus. 12. Bäcker Ch. W. Cl. Rod. Kriminal-Schuttmann J. W. Neumann. Arbeiter F. M. G. Bentin. 13. Seemannsmeister E. G. F. W. Meyer. Anstreicher D. F. G. Müller.

1. April. Arbeiter J. Ch. G. Hoff. Arbeiter J. F. W. Breithaupt. 3. Bäcker E. A. Bösch. 4. Seemannsmeister A. Jakobit. Malrose C. B. E. Reuner. 5. Fleischermeister E. F. L. Langfeldt. Schlosser L. Huber. 6. Arbeiter J. Rüdica. Arbeiter J. G. M. Jürgens. Arbeiter W. Ch. E. Mehrhoff. 7. Mieter G. E. W. Bräutigam. 8. Schlachter J. A. H. Gottschald. 9. Vermessungsarbeiter Ch. J. G. Kuschke. Obergärtner J. W. A. Benede. 10. Tischler F. W. Ch. Fabung. Sanitäts-Sergeant C. G. D. Wüthler. Geometer C. A. F. Gaeder. 11. Müller W. H. Ch. Döf. Medizinal R. A. Speralsti. Malergehilfe F. Solte. 13. Müller Cl. Guld. 14. Lagerist F. F. Meemann.

7. April. Ober-Telegraphen Assistent a. D. D. F. L. Dittmer, 68 J. Ein todtgeb. Knabe, W.: Gärtner A. F. C. Dahn. 8. Gerichtsbote a. D. Ch. W. Hofdank, 88 J. Ein todtgeb. Knabe, W.: Arbeiter J. A. W. Rossmann. Ch. M. C. Lamm, 61 J. 9. Arbeiter C. A. W. Steffen, 52 J. Pensionierter Kolonialoffizier J. G. Machan, 42 J. A. D. G. geb. Nunge, Witwe des Arbeiters H. J. Ch. Aven, 82 J. J. F. Henze, 1 1/2 J. F. G. J. Cummmerow, 3 M. Ein Knabe, 2 1/2 J. B.: Arbeiter F. G. J. Wilden. F. Rogalschütz, 23 J. 10. G. E. Uhllein, 4 M. Ch. Ch. E. C. Nebelberger, 24 J. L. Kauter, 61 J. M. G. E. G. G. G. 10 M. Schneider J. J. G. Peters, 45 J. M. E. M. Berksion, 8 M. Kaufmann J. C. F. Lange, 36 J. Arbeiter J. G. Varg, 48 J. 11. Gänbler C. F. F. Jahn, 60 J. Privatmann J. C. F. E. Straufe, 82 J. 12. Schuyman a. D. J. J. G. Savemeister, 70 J. A. W. A. Schmidt, 9 M. 13. G. E. G. U. Schmidt, 3 J. 1/2 M. M. G. Gerwinaty, 1 M. 25 J. G. E. M. E. Jbde, 5 1/2 M. G. B. A. Mariens, 67 J. 14. G. E. R. W. Böding, 11 M. L. Speralsti, 3 J. W. G. A. Burmeister, 3 M. G. E. G. geb. Schröder, Ehefrau des Arbeiters M. Ch. Green, 65 J.

9. April. Kapitän J. A. Ohlson in Selsingborg und E. F. Pagger. Rangiermeister bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn C. E. F. Reppin und A. C. M. Brodmann. Rutscher W. J. H. R. Tretow und A. C. Uiesch. Maurer J. D. H. Bollow und Witwe A. D. E. F. Dreger geb. Schröder. 10. Arbeiter A. J. G. Grube und W. J. M. Bohnsack. Arbeiter J. C. G. Brüggmann und R. M. E. Niemeier. Maurer W. M. W. Werner und E. M. E. Melis. Kaufmann G. Heidendorf und J. F. A. genannt E. Brand. Arbeiter F. J. H. Krohn und A. M. E. Freitag. Steuermann M. H. Boh und D. M. Manström in Flensburg. Rutscher J. B. G. Gode und J. H. Ohlson in Genin. Ruch J. H. Meyer in Berend und J. G. Klieck in Esgrus-Schaubye. Wirt G. B. F. Meth und E. G. Eichhoff in Hamburg. 11. Müller C. G. F. Frederici und A. E. F. Westphaling, beide in Krensdorf. 12. Glaser C. L. G. Jettmann in Minden und J. M. E. Wittorf. Schlosser J. F. A. Schmidt in Hamburg und W. M. C. Lembke. Holzbildhauer G. M. Dreher und A. S. Kehler. Eisenbrecher J. J. C. Drentman und E. D. M. E. A. Muffin. Straßenreinerer G. J. Böken und W. M. E. Wriedt. Diätar bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte J. G. W. Klümann und A. M. E. Jacobsen. 14. Kaufmann H. F. Lottmann in Berlin und E. G. E. Schäffe. Handlungsgehilfe D. Weber und J. S. Lehmann. Arbeiter J. J. G. Wosfin und A. E. C. Steinfaß. Navigationschullehrer J. Krauß und E. C. F. Schulze.

10. April. Diener M. F. Schneider und W. J. E. Külle. Fleischschauer und Kassierer A. W. Spahrman und Witwe C. E. W. Krieger geb. Starck. Maler F. E. W. Baars in Margloh-Brückhausen und F. M. Schmidt. Kaufmann C. A. Lübers in Altona und M. B. J. R. Schneider in Lüttenburg. Musiker B. A. A. Nicol und Witwe H. M. G. D. Drael geb. Trede. Tischler J. R. W. Langmaat und G. W. Fid. Schmied G. F. W. R. Beder und E. Oblong. Restaurateur W. C. A. Piquard in Schwarzenau und J. H. A. Kraufe. Maschinenschlosser R. Gaudyfa in Blumenthal und E. C. M. Hinrichs. 11. Heizer C. J. F. Wilms und J. M. D. Grube. Stallknecht E. R. J. Krüger und A. U. E. Genl. Dierwächtermeistermaat J. H. C. J. Suckow in Kiel und A. C. F. Riedert. Versicherungsbeamte W. H. Drege und A. Brühl. Schlosser R. A. Schumacher und A. M. J. Neper. Schlosser G. W. J. Reu und E. C. E. Weismann.

mit für das Volk das Beste, einen Spaziergang in Dord de Mowbray Park zu machen.“

Der Bischof wurde mit jenem wilden Waffall aufgenommen, der brüchig, daß der Redner für seine Redner gerade das rechte getroffen hat. Tatsache ist, daß der Geist der Massen in diesem Augenblick geföhrt sein wollte, und in Stuger Mid ersehen ein Führer. Ein Führer, der Erfolg haben will, muß den Wünschen derer, die ihm folgen, Rechnung tragen und das ausdrücken, was jeder fühlt, aber ausdrücken können die Fähigkeit über dem Rat hat. Der Rat, die Geschicklichkeit und der Einfluß Gerards hatten das Volk zum Aufgeben des großen Plans, um beizutreten es sich verjammert hatte, bewegen; aber weder ein einzelner Mensch, noch eine Menge macht gerne Vorbereitungen, ohne eine Anstalt zu gewinnen. Jedermann wünschte durch die Bewegung etwas zu erreichen, und in dieser kritischen Lage wurde etwas vorgeschlagen, das neu war und Vergnügen und Aufregung versprach.

Der Bischof, dessen Zustimmung erlangt werden mußte, der aber eine Idee ebenso schwer aufgab, wie er sie sagte, murkte im Stillen, und sagte mehr als einmal zu Field: „Ich dachte, wir wären gekommen, um die Fabrik niederzubrennen! Ein blutiger Kapitalist, ein Mann, der Gärten anlegt und die Leute zwingt, sich zu waschen: was soll das heißen?“

Field beschwor die Menge, so gut er konnte, während Deviltsdust sich über den Rücken des Maultieres beugte und das eine Ohr des Bischofs jählich streifte, der endlich seine Zustimmung gab, aber mit beinahe ebenso viel Widerstreben, wie Georg IV. die seinige zur Emancipation der römischen Katholiken gegeben hatte. Er stellte jedoch seine Bedingungen und sagte mit ärgerlicher Stimme, er müsse ein Glas Ale haben.

„Trinken Sie ein Glas Ale mit dem Lord de Mowbray!“ sagte ihm Deviltsdust. (Fortsetzung folgt.)